

Bei uns ...

... in der Sowjetunion

Mittelmeer verlagert werden können, ohne daß das sowjetische Oberkommando wissen kann, wohin die Transporter laufen werden. Nach den Besprechungen in Lissabon soll die portugiesische Wehrmacht zusammen mit der spanischen den Schutz dieses Brückenkopfes übernehmen.

Noten

Dem Neueintritt des Kölner Kardinals Joseph Frings in die CDU und der Einschaltung des katholischen Klerus in den Wahlkampf stehen jetzt keine rechtlichen Schwierigkeiten mehr im Wege. In einem Notenwechsel mit dem Vatikan ist klargestellt worden, daß der Artikel 32 des zwischen dem heutigen Papst und Hitler abgeschlossenen Konkordats, der „für die Geistlichen und Ordensleute die Mitgliedschaft in politischen Parteien und die Tätigkeit für solche Parteien“ verbietet, nicht mehr in Kraft sei.

Bildung

Das Volksbildungsministerium der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik hat eine neue Promotionsordnung ausgearbeitet. Danach ist künftig der Erwerb des Dokortitels nur noch bei gleichzeitiger Habilitation zulässig. Sämtliche anderen Studenten schließen den Universitäts- und Hochschulbesuch mit einer Fachprüfung ab, die keine Verleihung des Dokortitels mehr zuläßt. Schülern der SED-Parteihochschule Karl Marx in Klein Machnow allerdings darf der Doktorgrad verliehen werden. Bei Zustimmung der Partei genügt für den Erwerb des politischen Dokortitels auch ein sogenanntes Fernstudium.

Überführung

Die am 1. Mai 1953 beginnende Entziehung der Lebensmittelkarten für selbständige Gewerbetreibende und Hausbesitzer der Ostzone entspricht dem vom Zentralsekretariat der SED lange vorbereiteten Plan, „gesellschaftlich unproduktive Kräfte“ durch äußere Zwangsmittel in den Produktionsprozeß überzuleiten. Bei den Hausbesitzern steht im Hintergrund auch die Frage der Verstaatlichung aller Miethäuser überhaupt. Die Kommunalbehörden der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik wünschen seit langem

eine restlose Überführung des privaten städtischen Haus- und Grundbesitzes in Kommunalverwaltung.

Ausmerzung

Unter Vorsitz Bulganins wurde in Moskau eine Kommission von vierzehn Mitgliedern gegründet, die einen Plan zur Reinigung der russischen Industrie und Wissenschaft „vom ausländischen Einfluß“ durchführen soll. In seiner Eröffnungsansprache wies Bulganin darauf hin, eine reinliche Scheidung zwischen westlich-kapitalistischer und russisch-sowjetischer Arbeits-, Denk- und Handlungsweise sei unbedingt erforderlich. Nach dem Plan sollen innerhalb der nächsten fünf Jahre fast alle deutschen

und sonstigen Ratgeber, Techniker und Militärs systematisch ausgeschaltet werden.

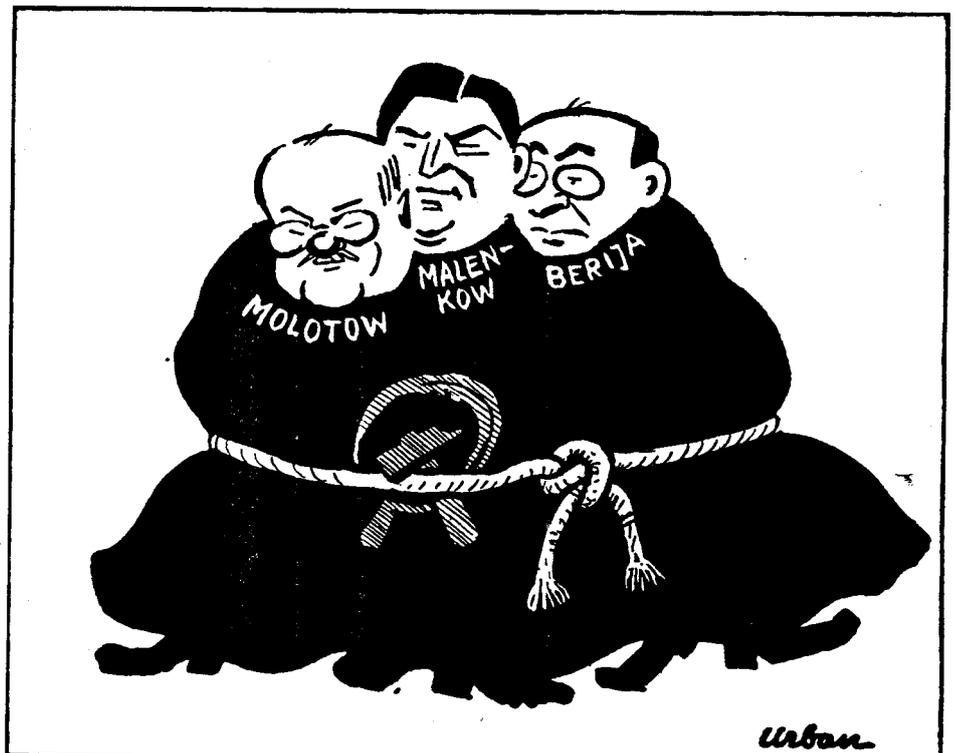
Verhältnis

Großbritanniens Foreign Office erhielt von seinen politischen Beobachtern aus Belgrad Informationen, nach denen Jugoslawien künftig eine gemäßigte Politik gegenüber der Sowjetunion plant. Marschall Tito selbst stehe der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit Moskau günstig gegenüber. Die englische Diplomatie würde eine Entspannung des jugoslawisch-russischen Verhältnisses begrüßen.

Hörensagen

nach neuestem Bonner „on dit“

- ist die Verschiebung des FDP-Parteitag in Lübeck mit partei-internen Auseinandersetzungen zu erklären. Vizekanzler Blücher befürchte eine Gefährdung seiner Position durch die gegenwärtigen Parteivorstände von Nordrhein-Westfalen und Hessen als die zahlenmäßig stärksten und gleichzeitig am weitesten rechtsstehenden Landesverbände. Darum warte er auf das Ergebnis der Voruntersuchungen des Naumann-Falles in Karlsruhe, um mit dem dabei erhofften Material seine Widersacher auszuschalten. Es stehe jetzt fest, daß bei der Beerdigung des Bundestagsabgeordneten Mayer im Dezember 1952 der Vizekanzler Blücher den baden-württembergischen Ministerpräsidenten Maier schon von dem Termin der vier Wochen später kommenden Nau-Nau-Aktion der Engländer informieren konnte, von der sich die Bundesregierung so überrascht zeigte.
- haben die dementierten Meldungen über Kanzler Adenauers Kreditverhandlungen mit den amerikanischen Bankiers Baruch und Warburg den Hintergrund, daß Warburg seit langem im Wallstreet Journal eine Linie der neutralisierten Wiedervereinigung Deutschlands verfolgt. Maßnahmen für diese Politik seien vor kurzem in einem Memorandum an Präsident Eisenhower vorge-schlagen worden.



„Doch wie's da drinnen aussieht, geht niemand was an!“

Telegraf